



ESTEFANIA CUERO: DAS VIRUS HAT ZU EINEM ERWACHEN GEFÜHRT

Wir haben jetzt, nachdem die Pandemie uns alle mit grossen Fragen konfrontiert hat, eine besondere Gelegenheit, unsere Gesellschaft inklusiver und gerechter zu gestalten. Das sollten wir als Beginn eines demokratischen Lernweges begreifen.

ZUR PERSON:

Estefania Cuero ist Diversitätsberaterin und Doktorandin. Sie hat ihren Master «Menschenrechte und kulturelle Diversität» an der University of Essex absolviert und ist Mitglied der Jungen Akademie Schweiz. Als Diversity-Coach arbeitet sie mit verschiedenen Schweizer Hochschulen, nationalen und internationalen NGOs sowie Unternehmen zusammen.

«Es ist mein Eindruck, dass sich Institutionen, darunter für unsere Demokratie sehr entscheidende Institutionen, zunehmend mit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung befassen und bereit sind in die Selbstkritik zu gehen. Das Internationale Demokratie Forum könnte Impulse für die Auseinandersetzung und eine Orientierung mitgeben. Bei der Frage «Wie geht es jetzt weiter?» kann aus der Pandemie Erlerntes einen Weg in die institutionellen Strukturen finden.»

Mit der Unterstützung von

ZUR PANDEMIE-ERFAHRUNG:

Die Pandemie hat das globale Erfolgsmodell Demokratie einem grossen Stresstest unterworfen – lokal, regional, national und international. Welche sind aus Deiner Sicht die bedeutendsten demokratierelevanten Erfahrungen und Entwicklungen?

Im besten Fall mehr Empathie, Solidarität und gesteigertes Bewusstsein für die eigenen Privilegien. Zumindest wäre das mein Wunsch. Ich werde nachher darauf eingehen, weshalb ich das für demokratierelevant halte: Auch sehr privilegierte Menschen haben erfahren, was es bedeutet, wenig bis keinen Zugang zu öffentlichen, institutionellen und sozialen sowie kulturellen Räumen zu haben. Sie haben vielleicht nicht erfahren, was es bedeutet, dies als eine Minderheit zu erleben, aber womöglich können sie jetzt besser nachvollziehen, wie wichtig es ist, Räume inklusiv zu gestalten.

Personen, die zum ersten Mal um ihren Arbeitsplatz oder ausreichenden Lohn fürchten mussten, können bestimmte Forderungen, die aus einem Sicherheitsbedürfnis hervorgehen, heute vielleicht besser verstehen als vor der Pandemie.

Ich kann mir gut vorstellen, dass viele Personen, die vorher Vorurteile gegenüber Menschen hatten, die therapeutische oder psychologische Begleitung in Anspruch nehmen, heute eine andere Perspektive einnehmen. Schliesslich wurde um uns herum empfohlen, von solchen Angeboten Gebrauch zu machen. Es wurde als legitim und empfehlenswert kommuniziert, sodass Patient:in-

nen womöglich seltener als «schwach» oder «unprofessionell» stigmatisiert werden. Dank Corona durften alle einmal «Schwäche» zeigen.

Personen ab einer gewissen Altersgruppe oder mit gewissen Vorerkrankungen haben vielleicht zum ersten Mal erlebt, wie es ist, wenn um sie herum ihr Überleben gegen «die Wirtschaft» abgewogen wird. Diesmal handelt(e) es sich nicht um die Leben unbekannter Menschen in der weiten Ferne, sondern um die Leben von Personen aus der Nachbarschaft.

Wir haben auch gesehen, dass es einen entscheidenden Unterschied macht, ob sich Personen einen Aussenbereich, Gegenstände für körperliche Betätigung, eine gute und stabile Internetverbindung oder Haustiere leisten können. Vielleicht hat die eine oder andere Person mehr als zuvor darüber nachgedacht, dass es wichtig ist, öffentlich zugängliche Orte im Freien zu haben, frei von profitorientierter Privatisierung, die zu Ausgrenzung führen kann.

Wieso ist das demokratierelevant?

Empathie und ein Bewusstsein für die eigenen Privilegien können Personen und Gruppen in höheren Machtpositionen dazu bewegen, sich dialogbereit und solidarisch mit denen zu verhalten, an die sie nicht als Erstes denken, wenn sie von «Ihresgleichen» reden. Solidarität und Dialogbereitschaft gehören zu meinem Demokratieverständnis, denn sie sind ein wichtiger Ausgangspunkt für die Vertretung der Gesellschaft. Diese Vertretung muss inklusive derer stattfinden, die

nicht zur Mehrheit gehören oder Benachteiligung erfahren, beispielsweise weil sie kein Stimmrecht haben. Denn es ist nicht der Schweizer Pass, der darüber entscheidet, wer Teil der Gesellschaft ist. Das Bild der Schweizer Gesellschaft ist weitaus diverser.

Ich möchte hier als Beispiel das Burka-Verbot einbringen. Das war eine Mehrheitsentscheidung. Es war jedoch nicht die Mehrheit der Schweizer Gesellschaft. Dieser menschenrechtsverletzende Beschluss, der Menschen in Zeiten der Isolation noch weiter in die Isolation getrieben hat, ist ein trauriges Beispiel dafür, wie eine Demokratie bestehende Machtstrukturen inklusive Diskriminierungsmechanismen verfestigen kann. Es gab in dieser Debatte keine Begegnung auf Augenhöhe. Auf den Punkt gebracht halte ich es für möglich, dass uns die Pandemie-Erfahrung zu inklusiveren Denkweisen und der notwendigen Erarbeitung von Handlungsstrategien sowie zu der Umsetzung dieser bewegt. Ich hoffe, dass wir gelernt haben, dass wir in einer Demokratie als gemeinschaftlicher Lebensform immer wieder die eigene Haltung und das eigene Verhalten reflektieren müssen und uns dabei fragen, inwieweit Solidarität dabei mitgedacht wird. Für manche ist das nach all der Zeit vielleicht ein ermüdender Gedanke, aber diese kontinuierliche Reflektion war schon vor der Pandemie wichtig.

Das wird auch durch all die anderen Dinge bestätigt, die geschehen sind und auf Missstände zurück gehen, die schon vor der Pandemie vorlagen. Es ist nämlich mehr passiert als Empathie und

Unterstützung in der Nachbarschaft. Zu unseren Erfahrungen gehört auch verstärkter Antisemitismus — besonders im Zusammenhang mit Verschwörungstheorien — und Rassismus, insbesondere gegenüber Personen, die als chinesisch bzw. südost-asiatisch gelesen werden.

Viele fühlen sich von der Regierung mehr bedroht als vom Virus selbst. Menschen sind verunsichert, verstehen vieles nicht, die Regelungen zur Eindämmung der Pandemie sind teilweise widersprüchlich. Und im Internet findet sich mit wenigen Klicks die angebliche Antwort auf alles. Einiges von der Kritik am Umgang mit der Pandemie oder gewisse Sorgen darüber, was uns allen verschwiegen werden könnte, lässt sich bis zu einem gewissen Grad nachvollziehen. Das sage ich nicht, um judenfeindliche Bilder in Verschwörungstheorien zu entschuldigen, sondern möchte darauf hinaus, dass es dadurch schwierig ist, bei der eigenen Kritik zu bleiben und diesen feindlichen Bildern gegenüber bestimmten Menschengruppen entgegenzuwirken.

Verschiedene Meinungen zu akzeptieren ist nämlich das eine, das andere ist keinerlei Zivilcourage zu zeigen, auch oder insbesondere dann nicht, wenn es sich um Verwandte, Mitarbeiter:innen oder Freund:innen handelt.

Diese Stimmung des Misstrauens ist also eine zusätzliche Last für bestimmte marginalisierte Menschen und Gruppen in der Schweiz. Zivilcourage auf der zwischenmenschlichen Ebene ist nämlich nur ein Puzzleteil. Es wäre auf institutioneller Ebene

ne wichtig gewesen, im Rahmen der Pandemie-Eindämmung Veränderungen einzuleiten, die leider ausgeblieben sind. Zum Beispiel werden Personen ohne Schweizer Staatsbürgerschaft, die in Luzern wirtschaftliche Sozialhilfe erhalten, dem Migrationsamt gemeldet. Schon in den Vorgesprächen werden sie entsprechend darüber informiert. Das ist sicherlich nicht nur in Luzern so. Meiner Meinung nach ist es schlichtweg falsch, dass diese Regelung ohne jede Form der Lockerung aufrechterhalten wurde und sich diese Personen davor fürchten mussten oder müssen, diese Möglichkeit in Betracht zu ziehen.

Mehr Dialogbereitschaft und gelebte Solidarität wären also auf verschiedenen Ebenen des Miteinanders nötig gewesen. Wichtige Veränderungen in Richtung Diversität und Inklusion sind in der vergangenen Zeit mit der Begründung von Ressourcenknappheit jedoch ausgeblieben. Gleichzeitig habe ich über erhaltene Anfragen sehr direkt mitbekommen, dass es auch einige Institutionen gibt, bei denen Diversität und Inklusion trotz allen Umstellungen und Einschränkungen einen wichtigen Platz erhalten hat. Ich möchte also keineswegs abstreiten, dass es Empathie und Solidarität gegeben hat und weiterhin gibt, aber die Frage ist, mit wem und wie nachhaltig sie ist.

Was haben wir gelernt?

Wie bereits angesprochen finden wir im besten Fall ein erhöhtes Bewusstsein für die eigenen Privilegien und eine gesteigerte Empathie vor und zwar für Personen, für die bestimmte Einschränkungen kein Ausnahmezustand sind. Das sollten

wir als Beginn eines Lernweges sehen, denn wenn wir uns als demokratisch und sozial verstehen oder verstehen wollen, muss die «Herrschaft des Volkes» bedeuten, dass wir uns auf eine diskriminierungsarme und diversitätssensible Demokratie einigen und konkret darauf hinarbeiten.

Dabei können wir nicht auf das Erbarmen grossherziger Leute setzen, sondern müssen die menschenrechtliche Verpflichtung ernst- und wahrnehmen. Das darf also nicht von Launen abhängen, die nachher als gütig zelebriert werden. Ich rede hier von der praktischen Umsetzung aller Vorhaben, die schon längst vereinbart worden sind und die sich staatliche Institutionen, Unternehmen und Vereine, z. B. in ihren Leitbildern, selbst auf die Fahne schreiben. Es sollte selbstverständlich sein, dass wir nach dieser Pandemie tendenziell weniger an einer Homogenität festhalten, die weder existiert noch zukunftsgerichtet ist und stattdessen akzeptiert haben, dass wir besser zusammenarbeiten müssen. Das ist es wert, Energie zu investieren.

Wir haben auch gelernt, dass der Staat zum Schutz der Bevölkerung tief eingreifen und sogar Einfluss auf die private Lebensgestaltung nehmen kann. Das wird mit der Lebensbedrohlichkeit begründet. Ich würde mir wünschen, dass die Lebensbedrohlichkeit von Diskriminierung endlich anerkannt wird, damit wir auch dort mit einem Diskriminierungsschutz präventive und tiefgreifende Aufmerksamkeit erfahren. Diskriminierung tötet, auch wenn sie nicht «Alle» treffen kann, sondern «nur» die Benachteiligten. Ich bin weit- aus skeptischer gegenüber der Aussage «Diesen

Weg zum Diskriminierungsschutz einzuschlagen, kann der Staat/eine staatliche Institution nicht vorschreiben.» Ich glaube mehr denn je, dass es sehr gut möglich ist, von staatlicher Seite eine Sensibilisierung der Verwaltungsorgane und Leitungspersonen im Bildungsbereich, dem Gesundheitswesen oder der Polizei, etc. einzufordern. Das wäre für mich auch keine radikale Handlung, sondern ein Baustein in der Umsetzung der Menschenrechtsverpflichtungen.

VORSCHLÄGE FÜR DIE WEITERARBEIT:

Aus den genannten Gründen erachte ich die Auseinandersetzung mit Diversität als Prävention und Intervention von Diskriminierungsmechanismen als prioritär. Es ist absolut demokratierelevant, dass wir mit Unterschiedlichkeit und Vielfalt leben können und nicht versuchen dagegen zu halten, in dem wir Burkas verbieten und absolute Assimilation fordern, weil wir mit keinem anderen Weg vertraut sind.

Unabhängig davon, ob eine Person nun härter oder weniger hart von der Pandemie betroffen war oder ist, das Virus hat zu einem Erwachen geführt. Wir blicken anders auf die Gesellschaft und haben alternative Formen des Miteinanders kennengelernt, die als Optionen jetzt sehr viel präsenter sind (allein digitale Kommunikation). Nach diesem Erwachen möchten nicht alle zurück zu der Gesellschaft, in der wir zuvor gelebt haben, sondern zu einer «besseren». Ich bin nicht hier, um im Detail auszuführen wie diese konkret aussehen soll, erwarte aber von allen Personen, die diese bessere Gesellschaft nach der Pandemie denken wollen, dass sie soziale Gerechtigkeit als Leitmotiv

und oberste Priorität begreifen. In der Konsequenz bedeutet das, von benachteiligten und marginalisierten Menschen und Gruppen auszugehen, anstatt sich erst später an sie zu erinnern. Wir haben jetzt, nachdem die Pandemie uns alle mit grossen Fragen konfrontiert hat, eine besondere Gelegenheit, unsere Gesellschaft inklusiver und gerechter zu gestalten. Eine Dozentin, die sich an digitale Lösungen gewöhnen musste, hat spätestens jetzt weniger Gründe, eine Studentin, die aus gutem Grund nicht vor Ort sein kann, per Video dazu zu schalten. Heute ist ein «das geht leider nicht» keine Antwort mehr. Es geht und es wäre ein Beispiel von gelebter Solidarität, wenn sich die Dozentin die Mühe macht, das Gerät aufzustellen und auf den Knopf zu drücken.

Bei diesem Beispiel kann die Frage aufkommen, was denn alles gute Gründe wären? Hier spielt der persönliche Austausch eine wichtige Rolle. Es könnten Kriterien vereinbart werden, die dem Schutz vor Benachteiligung mehr Gewicht verleihen als beispielsweise, ob die Dozentin sich mit der Kamera-Einstellung schwertut und deswegen lieber darauf verzichtet.

Jedoch ist dieses Beispiel vergleichsweise leicht zu verdauen. Wenn wir an Menschen mit Fluchterfahrung denken wird es schwerer. Erniedrigende Polizeikontrollen haben auch zu Zeiten starker Einschränkungen, in denen ein Sicherheitsbedürfnis und die Zeit im Freien so wichtig sind, stattgefunden. Kriterien? Ich bezweifle sehr, dass Menschen mit Fluchterfahrung in der Schweiz nach der Pandemie (wann immer das sein wird) sehr viel mehr Gerechtigkeit erfahren werden.

Gleichzeitig hat Solidarität eine lange Vergangenheit und eine Zukunft.

Wir müssen uns weiter damit auseinandersetzen, welches Demokratieverständnis, welche Formen gelebter Solidarität und welche konkreten politischen Handlungen wir brauchen, um uns dauerhafter Sicherheit, Gerechtigkeit und Freiheit — für alle — zu nähern. Es gibt Personen, die hier mehr in der Verantwortung stehen als andere. Wie mir Tahera Ameer (Amadeu Antonio Stiftung) einmal sagte: «Ausschluss ist ein Akt, für den niemand Verantwortung nimmt.» Das muss sich ändern.

TIPPS ZUM WEITERLESEN:

Boulila, Stefanie C. (2020) Race in post-racial Europe. An intersectional analysis, London: Rowman & Littlefield.

Aktuelle Buchprojekte von Dr. Boulila: «Ambivalent Democracies: Feminist and Queer Defiant Visions»

Why We Matter: Das Ende der Unterdrückung von Roig, Emilia. Beide Autor:innen sind Teil des Centre for Intersectional Justice (CIJ) Berlin.